Kapitel 2

Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus

Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf

2.1 Die Renaissance des Institutionalismus


Der Begriff Institution wird also auf soziale Gebilde wie auf sozial normierte Verhaltensmuster angewandt (vgl. auch Vanberg 1982: 32). Versuche, den Institutionenbegriff auf abstrahierte (aber geltende, das heißt im Bedarfsfall sozial sanktionierte) Regeln zu beschränken und für soziale Gebilde statt dessen den Begriff der Organisation zu verwenden (so auch North 1990), haben sich zwar bisher nicht durchgesetzt, doch werden mit dem Institutionenbegriff übereinstimmend Regelungsaspekte betont, die sich vor allem auf die Verteilung und Ausübung von Macht, die Definition von Zuständigkeiten, die Verfügung über Ressourcen sowie Autoritäts- und Abhängigkeitsverhältnisse beziehen.

Neuerdings haben Institutionen insbesondere im ökonomischen Institutionalisismus, in der institutionalistischen Organisationssoziologie und im politikwissenschaftlichen Neo-Institutionalismus wieder zentrale Bedeutung gewonnen. Diesen theoretischen Ansätzen ist gemeinsam, daß sie sich kritisch von bestimmten bisherigen Herangehensweisen absetzen – nur daß die Kritik sich

---

1 Für Jepperson (1991: 145) ist der Kern des Institutionenbegriffs die Vorstellung eines »stable design for chronically repeated activity sequences«.
jeweils auf etwas anderes richtet und auch der verwendete Institutionenbegriff
nicht derselbe ist.

Im wirtschaftswissenschaftlichen Bereich läßt sich, ohne daß dies begrifflich
immer so getrennt würde, eine institutionelle Ökonomie, der es um in-
stitutionelle Erklärungen für ökonomische Sachverhalte geht, von einem öko-
nomischen Institutionalismus unterscheiden, der Institutionen ökonomisch
(beiungsweise als Ergebnis rationalen, nutzenkalkulierenden Handelns von
Individuen) erklären will (Göhler et al. 1990a: 12 und passim).

Die erste Richtung reagiert kritisch auf eine ökonomische Theorie, die auf
der Mikroebene mit individuellem Rationalverhalten und auf der Makroebene
mit Aggregatvariablen von Angebot und Nachfrage auskommen will, ohne
den Besonderheiten von Produktions- und Marktsstrukturen und der sozialen
Einbettung ökonomischen Handelns Beachtung zu schenken. Nicht zufällig
haben gerade Soziologen wie Granovetter (1985) und Streeck (1992) sich
gegen diese Vernachlässigung gewandt, wobei Streeck mit eigenen empiri-
schen Arbeiten zur Entwicklung einer »institutional theory of the supply side

Die genetisch argumentierende ökonomische Institutionentheorie bleibt zwar
im Rahmen des neoklassischen Ansatzes, kritisiert aber die Unterstellung eines
einerseits hyperrationalen, andererseits aber normativ schon domestizierten
Homo oeconomicus. Sie rechnet sowohl mit beschränkt-rationalen Akteuren
als auch mit der immer präsenten Möglichkeit »opportunistischer« Schädigung.
Beides schlägt sich in »Transaktionskosten« nieder, welche andernfalls wohl-
fahrtssteigernde Tauschakte und Kooperationen vereiteln können. Die Existenz
von geeigneten Institutionen kann die Verlässlichkeit wechselseitiger Erwartun-
gen erhöhen und so die Transaktionskosten senken. Die so zu gewinnenden
Effizienzvorteile sollen, so das im Prinzip evolutionstheoretische Argument,
icht nur die Wahl zwischen »Markt und Hierarchie«, sondern auch die Wahl
zwischen unterschiedlichen Formen der Unternehmensorganisation erklären

Der organisationssoziologische Institutionalismus reagiert kritisch auf eine
Auffassung, derzufolge »organizations were viewed primarily as production
and/or exchange systems, and their structures were viewed as being shaped
largely by their technologies, their transactions, or the power-dependence
relations growing out of such interdependencies« (Scott 1987: 507). Zucker
(1988: 4) setzt die neue »institutional theory« von allen Ansätzen ab, die auf
der »assumption that behavior is driven by and understandable in terms of the
interests of human actors« beruhen. Dabei wird weniger auf Selznick
zurückgegriffen, der bereits in seiner Studie der Tennessee Valley Authority


Eine zweite Variante des politikwissenschaftlichen Neo-Institutionalismus knüpft stärker an das ältere Verständnis an, das mit dem Begriff der politischen Institutionen die zentralen politischen Einrichtungen, also – ganz im Gegensatz zu der zuvor skizzierten organisationsoziologischen Richtung – bestimmte soziale Gebilde meinte. Mehr ist jedoch im Spiel als die einfache Rückkehr zu klassischem Denken, obwohl der neuere Institutionalismus in den USA unter dem Motto 'bringing the state back in' antrat (Evans et al. 1985). Mit dieser staatstheoretischen Variante des politikwissenschaftlichen

2 Vgl. auch die zusammenfassende Charakterisierung von Jepperson (1991: 150): 'In organizational analysis, especially, many commentators associate institutions in one way or another with 'culture', that is, with normative effects, ideas, conceptions, 'pre-conscious understandings', myths, ritual, ideology, theories, or accounts.'

2.2 Akteurzentrierter Institutionalismus

Der für einen speziellen Untersuchungsgegenstand entwickelte Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus knüpft an die zuletzt skizzierte Variante des politikwissenschaftlichen Neo-Institutionalismus an, setzt sich jedoch in mehrfacher Hinsicht von ihm ab: Er beschränkt sich nicht auf politische Institutionen, er arbeitet mit einem engen Institutionenbegriff, er betrachtet Institutionen sowohl alsabhängige wie als unabhängige Variablen, und er schreibt ihnen keine determinierende Wirkung zu. Institutionelle Faktoren bilden vielmehr einen – stimulierenden, ermöglichen oder auch restringierenden – Handlungskontext. Abbildung 1 versucht das Gesagte zu veranschaulichen.


³ Hierauf stellt von Beyme (in Göhler 1987: 50) besonders ab.

In hochorganisierten gesellschaftlichen Sektoren ist der einzelne korporative Akteur in der Regel Teil einer mehr oder weniger komplexen Akteurkonstellation. Zwar beschäftigt man sich auch im politikwissenschaftlichen Neo-Institutionalismus weniger mit einzelnen politischen Institutionen als mit der Wirkung bestimmter institutioneller Arrangements, die man idealtypisierend stilisiert und dann in ihrer Funktionsweise zu spezifizieren sucht. Beispiele dafür sind etwa das »Westminster-Modell parlamentarischer Demokratie« oder der »deutsche Verbundföderalismus«. Derart phänomenologisch-gestaltschaffte definierte Kategorien haben aber den Nachteil eines geringen Abstraktionsgrades und beziehen sich auch lediglich auf politische Entscheidungsstrukturen. Im akteurzentrierten Institutionalismus wird dagegen versucht, analytische Kategorien für die Erfassung theoretisch relevanter Aspekte der einen ganzen Sektor umfassenden Akteurkonstellationen zu entwickeln. Dabei können wir uns nicht auf politische Institutionen (oder Akteure) beschränken, sondern beziehen alle relevanten Akteure in den jeweiligen gesellschaftlichen Regelungsfeldern mit ein. Damit wird zugleich die »Gesetzgeberperspektive« vieler politikwissenschaftlicher Untersuchungen vermieden, für die die gesellschaftlichen Regelungsfelder mehr oder weniger amorphe und passive Umwelt bleiben; statt dessen wird die Einbindung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure in Strukturen betont, die ihr Handeln prägen.
Im Gegensatz zu Versuchen einer ›kulturalistischen‹ Ausweitung wird der Institutionenbegriff beim akteurzentrierten Institutionalismus relativ eng gefaßt und auf Regelungsaspekte konzentriert. Diese für den ganzen Ansatz zentrale analytische Weichenstellung hat zwei wichtige Konsequenzen.

Zum einen werden auf diese Weise Institutionen nicht einfach als Ergebnis evolutionärer Entwicklung interpretiert und als gegeben genommen, sondern sie können ihrerseits absichtsvoll gestaltet und durch das Handeln angebbarer Akteure verändert werden. Institutionen werden damit im Rahmen des akteurzentrierten Ansatzes ebenso als abhängige wie als unabhängige Variablen behandelt. Zum anderen wird durch die Einschränkung des Institutionenbegriffs auf Regelungsaspekte die oft nur formelhaft wiederholte Prämisse ernstgenommen, daß der institutionelle Kontext Handeln zwar ermöglicht und restringiert, aber nicht determiniert. Institutionalistische Ansätze sind trotz gegenteiliger Lippenbekenntnisse oft krypto-deterministisch, was das Handeln der Akteure angeht – vor allem dann, wenn der Institutionenbegriff so weit gefaßt wird, daß nicht nur die Normen des angemessenen Verhaltens, sondern auch handlungsprägende kognitive und symbolische Elemente einbezogen werden. Wenn gar die nicht hinterfragten Praktiken des Alltagslebens auch noch unter dem Begriff der Institution gefaßt werden, dann gibt es überhaupt
keine Handlungsspielräume der Akteure mehr, und auf der Subjektseite bleiben allenfalls noch ein paar idiosynkratische Impulse, die einer theoretisch-sozialwissenschaftlichen Analyse kaum zugänglich sind. Eine solche Konzeptualisierung mag für soziologische Theorien brauchbar sein, die am (durchschnittlichen) Individualverhalten interessiert sind. Für die Erklärung von Steuerungs- und Selbstorganisationsprozessen auf der Makrobebene gesellschaftlicher Sektoren ist dagegen ein engerer Institutionenbegriff tauglicher, der es erlaubt, das Handeln von Akteuren als eigenständige Variable zu betrachten und damit auch Sachverhalte zu analysieren, in denen trotz eines grundsätzlich unveränderten institutionellen Rahmens folgenreiche Veränderungen im Bereich des Handelns zu beobachten sind.\footnote{Als Beispiel können hier die in den letzten zwanzig Jahren vollzogenen wirtschaftspolitischen Strategiewechsel dienen; auch der Erfolg der Seehofer-Reform im Gesundheitswesen nach der Blockade so vieler früherer Reformversuche läßt sich nicht durch veränderte institutionelle Voraussetzungen erklären.}


Für Erklärungen im Rahmen des akteurzentrierten Institutionalis mus fungiert das beobachtbare Akteurhandeln stets als »proximate cause«, während der institutionelle Rahmen die für uns zentrale »remote cause« darstellt. Zwi-

2.3 Der institutionelle Kontext


- für bestimmte Situationen (materielle) Verhaltens- und (formale) Verfahrensnormen festlegen;
spezifizierten Adressaten die Verfügung über finanzielle, rechtliche, personelle, technische und natürliche Ressourcen gewähren oder untersagen;
- Relationen (insbesondere Dominanz- und Abhängigkeitsbeziehungen) zwischen bestimmten Akteuren festlegen.

Für unsere Zwecke ist weiter wichtig, daß korporative Akteure durch institutionelle Regelungen konstituiert werden; oft werden sie sogar durch staatliche Entscheidung geschaffen, wobei ihnen uno actu Aufgaben und Kompetenzen zugewiesen werden. Hervorzuheben ist schließlich, daß im Rahmen institutionaler Verfahrensregelung auch Anlässe für die Interaktion bestimmter Akteure definiert und Arenen geschaffen werden, in denen spezifizierte Akteure zur Beratung oder Entscheidung über spezifizierte Themen zusammenkommen, wobei sie bestimmten Entscheidungsregeln unterworfen sind.


\[\text{6} \quad \text{Auch die Handlungsfähigkeit von Individuen beruht in vielen Situationen auf institutionellen Voraussetzungen, doch fällt dies bei natürlichen Personen weniger ins Auge und ist auch weniger verhaltensbestimmend.}\]
2.4 Akteure und Handlungsorientierungen


2.4.1 Akteure

Bei March und Olsen (1984: 738) findet sich der Hinweis, daß »bringing the state back in« auch heiße, politische Institutionen als »actors in their own right« zu behandeln. »It is appropriate to observe that political institutions can be treated as actors in much the same way we treat individuals as actors« (ebd.: 742). Das liest sich wie eine Selbstverständlichkeit, wenn man nicht nur Regelsysteme, sondern auch soziale Gebilde als Institutionen bezeichnet. Benutzt man dagegen einen engen, auf Regelungsaspekte konzentrierten Institutionenbegriff, dann sollte analytisch zwischen Institutionen und Akteuren unterschieden werden. Regelsysteme »handeln« nicht, aber sie können Akteure konstituieren und in wichtigen Merkmalen prägen. Soziale Gebilde wie Organisationen lassen sich dann sowohl unter dem Aspekt der darin verkörperten Regelungen, das heißt institutionell, betrachten wie auch unter dem Aspekt der Handlungsfähigkeit, das heißt als korporative Akteure.

Korporative Akteure sind, der Definition von Coleman (1974) folgend, handlungsfähige, formal organisierte Personen-Mehrheiten, die über zentralisierte, also nicht mehr den Mitgliedern individuell zustehende Handlungsressourcen verfügen, über deren Einsatz hierarchisch (zum Beispiel in Unternehmen oder Behörden) oder majoritär (zum Beispiel in Parteien oder Ver-


2.4.2 Handlungsorientierungen


Die empirische Bestimmung des jeweils handlungsleitenden sozialen Bezugs ist deshalb alles andere als trivial.


8 Der ursprüngliche lateinische Infinitiv interesse (= von Wichtigkeit sein) dominiert im französischen intérêt und später in interessant, während das Substantiv Interesse, als juristisches Fachwort seit dem 13. Jahrhundert geläufig, den Begriff in die Nähe ökonomischen Nutzens gerückt hat.
unterstellbare Interessen am eigenen Bestand, an Ressourcen und an Autonomie (Schimank 1991).

Die zuschreibbaren Standardinteressen sind konkretisierungsbedürftig, ehe sie handlungsleitend werden können. Was Autonomie im Einzelfall bedeutet und um was für eine Domäne es geht, wird dabei von den für einen Akteur konstitutiven institutionellen Regelungen mitbestimmt. So definiert zum Beispiel die soziale Rolle für den einzelnen und der Organisationszweck für den korporativen Akteur den Aufgabenbereich, in dem die eigene Domäne zu suchen ist. Die zuschreibbaren Standardinteressen sind auch nicht eindeutig hierarchisch geordnet; der einzelne Akteur kann sich mit ihnen selektiv identifizieren und sie für sich in eine Rangordnung bringen. In Form stabiler Präferenzen werden sie damit zu Elementen einer situationsübergreifenden akteurspezifischen Handlungsorientierung (vgl. Abbildung 2). Wenn zum Beispiel Wachstum für einen korporativen Akteur ein wichtigeres Handlungsziel ist als Domänensicherung, wird er diesem Interesse ceteris paribus ein größeres Gewicht beizumessen als ein Akteur, bei dem es sich umgekehrt verhält. Welches Interesse im Einzelfall handlungsleitend ist, hängt schließlich auch von Besonderheiten der Situation ab; eine Situation knapper Mittel aktiviert ein
anderes Interesse als eine Bedrohung der eigenen Domäne oder gar der eigenen Existenz.

Der Einfluss normativer Erwartungen auf das Handeln lässt sich analog zu der Reihe funktionelle Imperative – generelle Akteurpräferenzen – situativ handlungsleitende Interessen in Form eines Stufenmodells fassen. Normative Erwartungen sind zum Teil als systemweit gültige Werte oder Tugenden formuliert, richten sich aber vielfach speziell an die Inhaber bestimmter sozialer Positionen und sind dem institutionellen Kontext zuzurechnen. Auf der ersten Stufe bleiben normative Erwartungen für den Akteur externe Vorgaben, können von ihm aber in Form stabiler normativer Orientierungen verinnerlicht werden.9 Auch hier ist es dann wieder die konkrete Handlungssituation, die diese Orientierungen selektiv aktiviert. Das gilt für korporative ebenso wie für individuelle Akteure; auch die ersteren sind Adressaten normativer Erwartungen, die sich unter anderem auf die von ihnen zu erfüllenden Aufgaben (Organisationszweck) und die zulässigen Mittel der Aufgabenerfüllung erstrecken.


10 Auch diese Dimension findet sich schon bei Parsons (1951: 63–64).


Offensichtlich koexistieren in vielen Situationen mehrere handlungsleitende Gesichtspunkte, die je für sich genommen zu unterschiedlichem Handeln führen würden. Die Frage, auf welche Weise Akteure in der Lage sind, potentielle Orientierungskonflikte zu regeln, muß durch Rückgriff auf eine Hand-
lungstheorie beantwortet werden. Für die Erklärung von Makrophänomenen ist es nicht unbedingt notwendig, erklären zu können, wie es zu einer gegebenen Orientierung gekommen ist; die jeweils handlungsleitende Orientierung zentraler Akteure muß aber als Faktor in die Erklärung einbezogen werden. Von genereller Bedeutung ist dabei die handlungstheoretische These, daß Akteure nicht (wie von der ökonomischen Theorie unterstellt) dazu tendieren, ihre multiplen Kriterien dauerhaft hierarchisch zu ordnen oder sich gar an einer die relativen Gewichte der einzelnen Kriterien abbildenden aggregierten Nutzenfunktion zu orientieren. Hier spielt vielmehr die jeweilige Handlungs¬situation eine wichtige Rolle; ihr wenden wir uns im folgenden Abschnitt zu.

2.5 Handlungssituationen


etwa geregelt, unter welchen Umständen ein Polizeibeamter einschreiten, eine politische Partei Kandidaten aufstellen oder der Bundesrat eine Gesetzesvorlage beraten soll.


Situationen fordern nicht nur zum Handeln heraus, sie bieten auch Handlungsoptionen, die teilweise institutionell, darüber hinaus aber durch zahlreiche nicht der institutionellen Kontext zurechenbare Faktoren bestimmt sind. Zur Situation gehören so die faktisch verfügbaren Ressourcen, die sich nicht mit den institutionell zugeschriebenen zu decken brauchen. Die situativ gegebenen Handlungsalternativen beschreiben gewissermaßen das Spiel, in dem ein Akteur sich aktuell befindet. Für die Wahl einer bestimmten Handlungsstrategie sind dabei auch solche Situationsmerkmale bedeutsam, wie sie speziell die Organisationstheorie herausgearbeitet hat, nämlich neben der 'Liberalität' der Organisationsumwelt (das heißt ihrem Reichtum an verfügbaren Ressourcen beziehungsweise Handlungsalternativen) ihre Stabilität, Variabilität oder gar Turbulenz sowie das Maß ihrer Komplexität (Child 1972).

Alle unmittelbar handlungsrelevanten Merkmale einer Situation sind wahrgenommene Umweltaspekte. So müssen Ressourcen auch als verfügbar erkannt werden, und je nach den kognitiven Fähigkeiten eines Akteurs mag

2.6 Handeln in Akteurkonstellationen

Die Bearbeitung von Problemen, die sich auf sektoraler oder gesamtgesellschaftlicher Ebene stellen, ist fast nie nur die Sache eines einzelnen Akteurs, sondern typischerweise Gegenstand von Interaktionen in einer Konstellation mehrerer Akteure mit interdependenten Handlungsoptionen. Unter solchen Bedingungen kann das Gesamtergebnis nicht einem einzelnen Akteur zugeschrieben werden; es ergibt sich aber auch nicht einfach als Aggregateneffekt einer Mehrzahl unverbundener Einzelhandlungen, sondern es entsteht aus der komplexen Interdependenz aufeinander bezogener Handlungen.

Es gibt viele Möglichkeiten, die Struktur gesellschaftlicher Teilsysteme (oder Sektoren) zu beschreiben, etwa nach dem vorherrschenden Muster der Arbeitsteilung oder nach der Verteilung sozioökonomischer Chancen (Schichtstruktur). Im akteurzentrierten Institutionalismus stehen demgegenüber die verschiedenen Modi sozialer Handlungskoordination im Vordergrund, die heute zumeist unter dem von der Transaktionskosten-Ökonomie geprägten Stichwort »Governance« erörtert werden. Die geläufige Typologie, die mit der einfachen Gegenüberstellung von Markt und Hierarchie begann und dann schrittweise (zum Beispiel um Solidarität, Netzwerk, Assoziation) erweitert wurde, leidet an der (meist implizit bleibenden) Mehrdimensionalität der diesen Typen zugrundeliegenden Klassifikation. Schwierigkeiten bereitet vor allem die Trennung zwischen Strukturmustern und Koordinationsverfahren; so ist »Netzwerk« eher eine Struktur, »Solidarität« dagegen eine Form der Koordination. Sobald wir jedoch über Strukturen reden, reden wir über die Relationierung von Einheiten; Strukturen und Interaktionsformen sind deshalb logisch nicht völlig unabhängig voneinander zu konzipieren. So schließt die Netzwerkstruktur einen hierarchischen Koordinationsmodus schon rein begriff-
lich aus, während einseitige Anpassung die einzig mögliche Form der Handlungskoordination in einer Population unverbundener und nicht interagierender Elemente ist. Wichtig ist im übrigen immer, sämtliche Begriffe auf dieselbe Systemebene zu beziehen, in unserem Fall den Sektor beziehungsweise das gesellschaftliche Teilsystem.


Komplizierte reale Interaktionsprozesse nachzuzeichnen war immer die besondere Stärke ›historischer‹ Erklärungen (Lübbe 1975). Den theoretieorientierten Sozialwissenschaften bietet sich mit der Netzwerkanalyse (für die strukturelle Beschreibung von komplexen Akteurkonstellationen) und der mathematischen ›Theorie der Spiele‹ (für die Analyse von Interaktionen und Interaktionsergebnissen bei strategischer Interdependenz) die Chance einer systematisch-vereinfachenden und damit potentiel theoriefähigen Rekonstruktion von Makroprozessen speziell in hochorganisierten und eher netzwerkartig verfassten Sektoren.

Die Netzwerkanalyse erlaubt es, dauerhafte Beziehungen zwischen Akteuren als übergreifende Struktur sichtbar und im Hinblick auf eine Reihe analytischer Merkmale charakterisierbar zu machen (Scott 1991; Pappi et al. 1987). Nicht jeder interaktionsfähige Akteur in einem sozialen Feld kommuniziert,

Um netzwerkartige Akteurkonstellationen im Hinblick auf Merkmale, die speziell für die Untersuchung von Prozessen der Steuerung und kollektiven Entscheidungsfindung relevant sind, genauer analysieren zu können, bieten sich die Kategorien der Spieltheorie an. Wegen ihrer Konzentration auf relativ dauerhafte Strukturen kann die Netzwerkanalyse allenfalls zu Aussagen über die durchschnittliche Qualität von Beziehungen – und damit über die Gelegenheitsstruktur für je besondere Interaktionen – kommen, während die Stärke der Spieltheorie gerade in der Analyse einzelner Interaktionen liegt. Beide Methoden ergänzen sich also, auch wenn sie bisher fast völlig getrennt voneinander praktiziert worden sind (Scharpf 1993b).

Die Spieltheorie erlaubt es, die sich aus den Präferenzen der Akteure ergebende Konfliktstruktur typisierend zu beschreiben. Allerdings führt die theoretisch angemessene spieltheoretische Charakterisierung schon bei einfachen Zwei-mal-zwei-Spielen zu 78 unterschiedlichen Konstellationen (Rapoport et al. 1976), und jede vollständige Klassifikation von Konstellationen mit drei
oder mehr Akteure müßte an ihrer völligen Unübersichtlichkeit scheitern. Auch der Versuch, die Konflikthaftigkeit aller Arten von Präferenzstrukturen auf einem einheitlichen Maß eindimensional abzubilden (Axelrod 1970), stieß auf theoretische Schwierigkeiten, so daß vorderhand nur der Rückgriff auf spieltheoretische Grobklassifikationen bleibt, die zum Beispiel auch Zürn (1992) für die Analyse von Konstellationen in der internationalen Politik vorgeschlagen hat.11 Dementsprechend unterscheiden wir je nach der Kongruenz oder Inkongruenz der Präferenzen zwischen reinen Koordinationsspielen, Koordinationsspielen mit Verteilungskonflikten, Dilemmaspielen und reinen Konfliktspielen. Im ersten Fall existiert eine kooperative Lösung, die alle Beteiligten gemeinsam dem Status quo vorziehen; im zweiten Fall gibt es zwei oder mehrere solcher Lösungen, durch die aber jeweils bestimmte Beteiligte in ungleicher Weise bevorzugt oder benachteiligt werden. Immerhin ist aber auch hier die Stabilität einer einmal erreichten kooperativen Lösung gesichert. Das ist anders in Dilemmakonstellationen, bei denen das gemeinsame Interesse an einer kooperativen Lösung durch die noch größere Versuchung zur Ausbeutung kooperationsbereiter Partner gefährdet wird. In reinen Konfliktsituationen schließlich ist für mindestens einen der Partner das erwartete Ergebnis einer Konfrontation günstiger als die beste erreichbare einvernehmliche Lösung.


Interaktionskonstellationen (Spiele) zwischen korporativen Akteuren sind in wichtigen Aspekten institutionell geprägt, aber doch nicht soweit, daß sie

---

sich allein aus den institutionellen Vorgaben erschließen ließen. So sind zwar
die „Spieler« als korporative Akteure institutionell konstituiert, aber ihre Betei-
ligung an einem bestimmten Entscheidungsprozeß, ihre Wahrnehmungen,
Handlungsziele und Beziehungen zu den anderen Akteuren sind auch durch
nichtinstitutionelle Faktoren geprägt. Deshalb hängt es auch nicht allein von
institutionellen Vorgaben ab, ob sich die Akteure in einem Koordinationsspiel,
in einem Dilemmaspiel oder sogar in einem Konfliktspiel befinden, sondern
unter anderem von subjektiven Deutungen der aktuellen Situation und den
tatsächlich handlungsleitenden Orientierungen\textsuperscript{12}.

Wie die Netzwerkanalyse hat auch die spieltheoretische Modellierung ihre
Grenzen. So macht die mathematische Spieltheorie unrealistische Unterstel-
len im Hinblick auf den Informationsstand und die Informationsverarbeitungs-
kapazität ihrer Modellspieler, was gerade Spieltheoretiker dazu veranlaßt, die
Eignung ihrer Modelle für die Erklärung empirisch beobachtbarer Interaktio-
nen zwischen realen Akteuren sehr skeptisch einzuschätzen (Binmore \textsuperscript{1987}).
Trotzdem lassen sich spieltheoretische Modelle (und vertragstheoretische
Modelle auf spieltheoretischer Grundlage) so ausbauen, daß sie sich auf unse-
re Art von Fragestellungen anwenden lassen (vgl. Benz/Scharpf/Zintl \textsuperscript{1992};
Ryll \textsuperscript{1989}; Scharpf/Mohr \textsuperscript{1994}; Werle \textsuperscript{1995}).\textsuperscript{13}

\textsuperscript{12} Diese können unter Umständen rasch wechseln. So wird etwa der in einer Fallstudie
analysierte Erfolg eines staatlich geförderten Projekts der industriellen Verbundfor-
schung auf den Umschlag von kompetitiven zu kooperativen Interaktionsorientierungen
zurückgeführt, der durch eine veränderte Interpretation der (objektiv unveränderten)
Situation hervorgerufen wurde (Lütz \textsuperscript{1993}).

\textsuperscript{13} Das gilt insbesondere dann, wenn nicht nur die Theorie simultaner Spiele unter \textsuperscript{Common-knowledge}-Bedingungen berücksichtigt wird, sondern auch die in ihren Anforde-
rungen an die Informiertheit und die Informationsverarbeitungskapazität der Akteure
drastisch reduzierten Modelle der evolutionären Spieltheorie und der Spiele unter un-
vollständiger Information einbezogen werden.
2.7 Akteurzentrierter Institutionalismus zwischen »Parsimony« und »Requisite variety«

Der akteurzentrierte Institutionalismus läuft, wie in den vorangehenden Abschnitten hinlänglich deutlich geworden sein dürfte, Gefahr, durch die Integration institutionalistischer und handlungstheoretischer Perspektiven überkomplex zu werden und praktisch zu einer Art historischer Rekonstruktion zu zwingen. Dieses Problem läßt sich nicht grundsätzlich lösen, aber durch die Beachtung einiger forschungspragmatischer Regeln doch vereinfachen.

Das zentrale Problem, ob beobachtbares Handeln dem institutionellen Kontext oder einem der zahlreichen nichtinstitutionellen Faktoren zuzurechnen ist, kann durch eine analytische Hierarchisierung entschärft werden. Auch wenn Sozialwissenschaftler historisch einmalige Entwicklungen rekonstruieren, geht es ihnen nicht um vollständige Erklärung, gewissermaßen eine Eins-zu-eins-Replikation der Wirklichkeit, sondern um zutreffende Vereinfachung – also um den Versuch, mit möglichst wenig ad hoc einzuführender empirischer Information möglichst viele der für die jeweilige Fragestellung relevanten »Rätsel« zu lösen. Dabei hilft eine institutionalistische Variante der Regel der »abnehmenden Abstraktion« (Lindenberg 1991) in der Form der Maxime, daß man nicht akteurbezogen erklären muß, was institutionell erklärt werden kann, und daß man auch bei akteurbezogenen Erklärungen zunächst mit vereinfachenden Unterstellungen arbeiten und diese erst dann empirisch überprüfen soll, wenn anders die beobachtbaren Handlungen nicht erklärt werden können.

Bei sektoralen Prozessen von Steuerung und Selbstorganisation ist die empirische Ermittlung akteurspezifischer Handlungsorientierungen dann nicht nötig, wenn die institutionell zugeschriebenen Aufgaben und generell unterstellbaren organisatorischen Eigeninteressen ausreichen, um das beobachtbare Handeln zu erklären. Erst wenn dieses sich in einer gegebenen Situation offensichtlich nicht an den unterstellten Interessen orientiert, müssen die tatsächlichen motivationalen Orientierungen empirisch erhoben werden. Ähnlich wird man bei Erklärungsversuchen so weit wie möglich mit der Unterstellung ›realistischer‹ und konventioneller Kognitionen arbeiten und aufwendige Forschungsmethoden nur dort einsetzen, wo das beobachtbare Handeln auf die Existenz von Fehlwahrnehmungen hinweist. Dieses Vorgehen entspricht der Webersehen Verwendung von Modellen rationalen Handelns als Richtigkeitsotypus, der bei empirischen Analysen als Hypothese fungiert und gegebenenfalls den Weg zu alternativen Erklärungen weist.

Literatur

Evans, Peter et al. (Hrsg.), 1985: Bringing the State Back In. Cambridge: Cambridge University Press.


